

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882**

13.6.1882 (No. 138)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 13. Juni.

№ 138.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1882.

## Deutschland.

**Berlin, 11. Juni.** Heute Nachmittag zwei Uhr fand in der zu einer Kapelle umgewandelten Jaspis-Galerie des Neuen Palais bei Potsdam die Taufe des am 6. Mai geborenen Sohnes Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm statt, zu welcher außer den fürstlichen Gästen des kaiserlichen Hofes die landständigen Fürsten, die Minister, der Bundesrath, das Präsidium des Reichstags, die Generalität, die Botschafter und andere Personen von Distinktion geladen waren. Die Mutter des Täuflings, Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Wilhelm, nahm am Altar Platz, während Seine Majestät der Kaiser, Ihre Majestät die Kaiserin und die übrigen höchsten Taufpaten und resp. deren Vertreter sich vor dem Altar aufstellten. Hofmarschall Major v. Liebenau eröffnete den Zug des Täuflings, bei dessen Eintritt der königliche Domchor den Psalm 103 anstimmte und die Motette: „Lobe den Herrn, meine Seele“ sang. Die Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff trug das fürstliche Kind; die Schleppe der Taufrobe hielten die Hofdamen Gräfin Keller und Fräulein v. Gersdorff. Aus den Händen der Gräfin Brockdorff empfing Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Victoria den Täufling, trug ihn zum Altar und übergab ihn Ihrer Kaiserl. Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin, welche denselben während der Taufrede hielt. Bei der Taufhandlung selbst trug Se. Majestät der Kaiser den Urentel auf seinen Armen. Oberhofprediger Dr. Kögel hielt die Taufrede, in welcher er Bezug nahm auf den Sonntag Cantate (7. Mai), der die Kunde von der Geburt des Prinzen durch das Land trug; auf den 11. Juni, den 53. Hochzeitstag des Kaiserpaars und auf den Spruch 1. Korinther 13. Vers 13., der sowohl der goldenen Hochzeitseier als der Trauung des Prinzen und der Prinzessin Wilhelm zu Grunde gelegen. In der heiligen Taufe erhielt der junge Prinz die Namen:

Friedrich Wilhelm Victor August Ernst.

Die Taufpaten sind: Seine Majestät der Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin, Ihre Kaiserl. Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin, Ihre Königl. Hoheiten Prinz Heinrich, Prinzessin Victoria, Prinz Karl, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl, Prinz und Prinzessin Albrecht, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein, die Prinzessinnen Karoline Mathilde und Annelie von Schleswig-Holstein, Prinz Christian von Schleswig-Holstein und seine Gemahlin, Prinzessin Helene von Großbritannien, Prinzessin Pauline von Schleswig-Holstein; ferner die Königin von England, der Kaiser von Rußland, der Kaiser von Oesterreich, der König von Italien, der König von Sachsen, der König der Belgier, Prinz von Wales, Kronprinz von Oesterreich, Großherzog und Großherzogin von Baden, Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, Erbprinz und Erbprinzessin von Meiningen, Fürst von Hohenlohe-Langenburg.

Nach vollzogener Taufhandlung übernahm Ihre Kaiserl. Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin den jungen Prinzen und legte denselben in die Arme der hohen Mutter. Vor dieser fand alsdann die Cour statt und hieran schloß sich ein Galabiner im Marmorfaale.

**Berlin, 10. Juni.** Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand heute eine längere Sitzung des Staatsministeriums statt, die sich mit den Anträgen zur Tabaksteuerfrage und den in dieser Session noch zu erledigenden Vorlagen befaßte.

Das Centrum brachte durch Windthorst den Antrag ein, beide Theile der Resolution Lingers abzulehnen und dafür zu setzen: Der Reichstag wolle erklären, daß, da erst neuerlich durch Gesetz vom 16. Juni 1879 die Erhöhung der Tabakbesteuerung stattgefunden und der finanzielle Erfolg dieser Erhöhung noch nicht vollständig vorliegt, jedenfalls noch nicht vollständig übersehen werden kann, von weiterer Belastung der Tabakindustrie Abstand zu nehmen sei. Der Antrag ist unterschrieben von 51 Mitgliedern des Centrums, welches mit den Welfen 102 Mitglieder zählt, u. A. v. Frankenstein, Freytag, Heremann, Schorlemer und fast sämtlichen adeligen Bayern. Von den in die Tabakkommission gewählten Mitgliedern haben nur Lender und Berger unterzeichnet, während Lingers, Manjuntz, Sielen, Dieden, Arnswaldt und Graf Galen nicht unterzeichnet haben. Mit Ausnahme des Abg. v. Alten hat kein Welfe den Antrag unterschrieben. Es heißt, daß der dritte Theil des Centrums gegen den Antrag Windthorst und für die Resolution Lingers stimmen wird. Die gestern Abend stattgehabte Fraktionsitzung des Centrums soll sehr bewegt verlaufen sein; auf Verlangen fand namentlich Abstimmung statt. Es bleibt abzuwarten, ob die Konservativen, welche für die höhere Tabakbesteuerung sind, in der morgen stattfindenden Fraktionsitzung sich für den Antrag Windthorst erklären werden. Die Polen hatten gestern Abend abermals eine Fraktionsitzung und wurde beschlossen, beim Monopol sich der Abstimmung zu enthalten und gegen den Antrag Lingers zu stimmen. Von Seiten Hessens ist beim Bundesrath der Antrag

eingbracht worden, im dritten Absatz des § 52 des Verkehrsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands bezüglich der Gewichtsmittelung behufs Berechnung der Frachtgelder die Stelle: „Sendungen unter 30 Kilogr. werden höchstens für 30 Kilogr., das darüber hinausgehende Gewicht wird bei Kolligütern mit 10 Kilogr., bei Waarenladungen mit 100 Kilogr. steigend so berechnet, daß jede angegangenen bezw. 10 und 100 Kilogr. für voll gelten“, dahin abzuändern: „Sendungen unter 30 Kilogr. werden höchstens für 30 Kilogr., das darüber hinausgehende Gewicht wird bei Kolligütern mit 10 Kilogr. so berechnet, daß überschüssige Gewichtsmengen bis zu 5 Kilogr. bei der Frachtberechnung außer Betracht bleiben, ein Mehrgewicht über 5 Kilogr. aber für volle 10 Kilogr. in Ansatz gebracht wird. Bei Wagenladungs-Gütern werden die Sendungen mit 100 Kilogr. für voll gelten.“ Die bisher vorgeschriebene Abrundung von 10 zu 10 Kilogr. hat, wie zur Begründung des Antrags ausgeführt wird, bezüglich der Frachtberechnung bei Kolligütern zu Beanstandungen seitens der Verkehrsbetheiligten geführt. Es wird namentlich dagegen geltend gemacht, die Vorschrift enthalte insofern eine gewisse Ungerechtigkeit, als sie nöthige, Fracht zu zahlen für nicht unerhebliche Gütermengen, welche thatsächlich nicht befördert werden.

Die Gewerbeordnungs-Kommission setzte heute die Debatte über die Bestimmungen betreffs des Verbots der Kolportage von Druckschriften fort, ohne zu einem Beschlusse zu gelangen.

Die von der preussischen Regierung in Folge der jüdisch-russischen Auswanderung niedergelegte Ministerialkommission (Vorsitzender: Unterstaatssekretär Herzfurth, Mitglieder: Geh. Obermedizinalrath Dr. Eulenberg, Geheimrath und Regierungs-Medizinalrath Prof. Dr. Strzelecki, Geh. Oberbaurath Oberbeck, Geheime Regierungsräthe Fleck und Dr. Heyer) hat zunächst festgestellt, daß außer der Massenausammlung der Flüchtlinge in Brody und Lemberg ein Andrang jüdisch-russischer Auswanderer nur in Eydtkuhnen stattgefunden hat, derselbe jedoch in Folge der von Berliner Komité getroffenen Anordnungen bereits nachläßt. Unter diesen Umständen hat die Kommission beschlossen, von einer besonderen Organisation des Auswanderungswezens an den diesseitigen Grenzstationen abzusehen, die Einsetzung besonderer Ortsauschüsse aber für einen etwa eintretenden Gebrauchsfall vorzubehalten. Demnach hat sie folgende Wünsche ausgesprochen: Auch den über Eydtkuhnen kommenden Einzelreisenden direkte Billets bis Hamburg und die für hundert Reisende eintretende Preisherabsetzung schon für Gesellschaften von dreißig Personen zu bewilligen, weiter aber eine gründliche Reinigung der zu der Beförderung gebrauchten Wagen mittelst heißer Dämpfe oder Auscheuern vorzunehmen, die in kleinen Gastwirtschaften untergekommenen Auswanderer so schnell wie möglich im Gesundheitsinteresse weiter zu befördern. Auch mit der österreichischen Regierung haben Verständigungen stattgefunden, auf Grund deren dann auch von letzterer Vereinbarungen mit der russischen Regierung getroffen sind.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sich beeilt, auf die Gegenklärung des socialdemokratischen Abgeordneten v. Bollmar Antwort zu geben. Sie hält ihre Mittheilung, daß Hr. v. Bollmar anlässlich seiner Verwundung im Kriege von 1870-71 eine ihm — mangels eines Rechtsanspruchs auf Pension — von dem Kaiser gnadenweise bewilligte fortlaufende Beihilfe bezieht, in allen Punkten aufrecht und fügt zur Aufklärung Folgendes hinzu:

„Die Bewilligung der gnadenweise bewilligten fortlaufenden Beihilfe ist erfolgt, zugleich mit ähnlichen Zuwendungen an andere Personen bayerischer Staatsangehörigkeit, auf Antrag der königlich bayerischen Regierung durch allerhöchsten Erlaß aus dem Jahre 1874 unter gleichzeitiger Erstattung der schon vorher aus bayerischen Fonds gezahlten Beträge aus der Reichskasse. Sie bezieht sich auf monatlich 155 M. 36 Pf. und wird noch gegenwärtig zu Lasten des Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art fortgewährt, woraus sich von selbst ergibt, daß es sich nicht um eine kraft gesetzlicher Bestimmung zu gewährende Pension handeln kann, da eine solche auf die gewöhnlichen Pensionsfonds übernommen werden müßte.“

**Berlin, 10. Juni. Reichstag.**

Erste Lesung des Relikten-Gesetzes für Offiziere des Heeres und der Marine.

Richter bemängelt die Vorlage, wonach unverheiratete Offiziere vom Beitrage frei bleiben. So lange nicht die Militärs mit ihrem Privatvermögen zu den Kommunalsteuern herangezogen werden, wird der Fortschritt gegen die Vorlage stimmen. Nachdem Kriegsminister Kamelke das Gesetz bekräftigt, wird dasselbe einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt das Monitum Hasenclever's, wonach der Beschluß des Bundesraths über das Reichstags-Votum wegen Verhaftung des Abg. Diez unvollständig ist. Kaiser, der das Monitum befürwortet, wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er gesagt hat, daß der Richter ungesetlich gehandelt habe. Bundeskommissar Wegmann erklärt, daß die württembergische Regierung an den Reichskanzler die Akten über den Fall Diez gesandt habe.

Die kaiserliche Verordnung wegen gewerblichen Feilschens von Petroleum wird nach längerer Debatte zur Kenntniß genommen.

Es folgt eine längere Geschäftsordnungs-Debatte darüber, ob Montag zur zweiten Beratung des Monopols die Sitzung um 11 oder um 1 Uhr beginnen soll. Laster und Richter plaidiren für 11, Schorlemer, Windthorst, Malshaus und Kahser für 1 Uhr. Letztere Stunde wird angenommen.

**Berlin, 10. Juni.** Aus dem Landwirtschaftlichen Ministerium ist soeben eine wichtige und interessante Denkschrift hervorgegangen, welche auf die Flussregulirungen im Interesse der Landeskultur Bezug hat. Seit längerer Zeit ist die Aufmerksamkeit der landwirtschaftlichen Verwaltung darauf gerichtet, geeignete Mittel und Wege zu finden, um die Schäden abzuwenden, welche die Landwirtschaft alljährlich durch die mangelhafte Pflege und den verwilderten Zustand unserer Flüsse in ihrer mittleren, nicht schiffbaren Erstreckung erleidet. Während in den schiffbaren Strecken der Ströme die Fürsorge des Staats im Interesse der Schifffahrt darauf bedacht ist, das Flussbett und die Ufer regelmäßig auszubilden und geordnete Zustände zu erhalten, reichen für eine pflegliche Behandlung der ganz kleinen Flussläufe, soweit nicht Berggewässer in Frage stehen oder außerordentliche Verhältnisse die Zustandgebung erschweren, die Kräfte der Anlieger meistens aus. Anders liegt die Sache in den mittleren Theilen unserer Flussläufe. Hier gewinnt der Fluss eine räumliche Ausdehnung und Gewalt, welche die Herrschaft über ihn erschwert, und seine Instandhaltung erfordert Anstrengungen, denen der Anlieger nur in den seltensten Fällen gewachsen ist. Die Schwierigkeiten wachsen, wenn, wie es die Regel ist, Mühlenstauwerke den freien Abfluß hemmen und Entwässerungsanlagen in dem Sammelgebiete des Flusses das Wasser mit vermehrter Geschwindigkeit zuführen. Die Uferbefestiger sind wohl zur Räumung der Flüsse verpflichtet, soweit es zur Beschaffung der Vorfluth notwendig ist; zum Uferschutz sind sie nicht verpflichtet, sondern nur berechtigt. Kann daher der Uferschutz nicht erzwungen werden, so stellt sich andererseits die im Aufschichtswege erzwingbare Räumungspflicht der Anlieger stets als ungenügend für die Herstellung geregelter Zustände, in sehr vielen Fällen aber auch als praktisch undurchführbar heraus. Benachbarte Anlieger eines und desselben Flusslaufs befinden sich, und zwar sehr oft auf weite Erstreckungen hin, in einer natürlichen Abhängigkeit von einander. Vornahmen oder Unterlassungen des einen Anliegers können von den eingreifendsten Folgen für den Ufergrundbesitz des andern sein, ohne daß es dem letzteren möglich ist, die ihm daraus erwachsenden wirtschaftlichen Schäden und Gefahren abzuwenden. So tritt denn ein Zustand der Verwilderung ein, der immer bedrohlicher für die Anlieger wird und nicht selten für die Flussniederung in ihrer ganzen Ausdehnung Gefahren und große wirtschaftliche Nachtheile herbeiführt. Nach diesen einleitenden Bemerkungen geht die Denkschrift dazu über, in eingehender Weise die thatsächlichen Verhältnisse, so wie sie in den einzelnen Provinzen gegenwärtig vorliegen, zu schildern, und die Mittel in Erwägung zu ziehen, mit welchen eine bessere und geordnetere Pflege der nicht schiffbaren Flussläufe erzielt werden kann. Das Resultat der Untersuchung ist, daß die Regulirung der Flussläufe in ihrer mittleren Erstreckung ein dringendes Bedürfnis ist. Sie sei nur zu erreichen durch genossenschaftliche Vereinigung der beteiligten Grundbesitzer zur gemeinsamen Zustandgebung und Unterhaltung der Gewässer nach einheitlichem Plane, und zwar nach Maßgabe der bestehenden Gesetzgebung. Bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der Flüsse, ganz besonders aber bei dem Uebermaß an Mühlen-Stauanlagen in denselben, welche die Landeskultur in hohem Grade beeinträchtigen und daher beseitigt oder ermäßigt werden müssen, fordern die Regulirungsarbeiten in der Regel einen Kostenaufwand, welcher die Kräfte der Beteiligten übersteigt, die Genossenschaftsbildung erschwert und die Beteiligten von dem Unternehmen abschreckt. Die Erleichterungen, welche aus Provinzialmitteln gewährt werden können, erweisen sich für diesen Zweck als unzureichend. Ausnahmen in das Extraordinarium des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung zu Gunsten des einzelnen Falles erfordern, abgesehen von allen übrigen Schwierigkeiten in der Unsicherheit des Erfolges, einen Zeitaufwand, welcher mit dem hier gebotenen energischen Vorgehen unvereinbar ist, und es kann mit Bestimmtheit vorhergesehen werden, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen ist. Soll daher geholfen werden, so ist es unumgänglich notwendig, der leitenden Stelle dauernd die Mittel zu gewähren, um die Bildung der genossenschaftlichen Flussregulirungsverbände durch Gewährung von Beihilfen fördern zu können, und zu diesem Zweck von neuem einen Dispositionsfonds, jedoch in der Beschränkung auf diesen Zweck, in den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung einzustellen. Bei dem Umfange der gestellten Aufgaben dürfte dieser Fonds zunächst nicht unter 500,000 M. zu bemessen sein. Die Verwaltung wird dann in der Lage sein, den zu bildenden öffentlichen Genossenschaften die Beschaffung der für die Flussregulirungen erforderlichen Geldmittel aus Landeskultur-Kontenbanken, Provinzial-Hilfskassen, ständischen Kreditinstituten u. s. w. erheblich zu erleichtern und somit die





